

**Niederschrift  
über die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses  
am 15.04.2013**

Anwesende: vgl. ANLAGE 1

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 18.00 Uhr

**Tagesordnung:**

1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 18.02.2013
2. Berichte
3. Aktuelles aus der Verwaltung
4. a.) Einführung eines allgemeinen Anspruches auf Kindertagesbetreuung für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (Drs. 20/7442)  
b.) Attraktivitätssteigerung in der Kindertagespflege
5. Wohnraum für Jungerwachsene
6. Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe
7. Leitfragen zur Erstellung von Schutzkonzepten in Einrichtungen
8. Fachtag des LJHA
9. Verschiedenes

## 1. Festlegung der Tagesordnung und Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 18.02.2013

■ begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Die Tagesordnung wird festgestellt. Die Niederschrift vom 18.02.2013 wird ohne Änderungen genehmigt.

## 2. Berichte

■ berichtet, die LAG Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit habe am Vormittag einen Beschluss zu TOP 5 und TOP 7 der heutigen LJHA-Sitzung gefasst.

■ berichtet aus der Sitzung der Deputation vom 25.02.2013. Dort sei noch einmal der Unmut des LJHA bezüglich der erst nachträglichen Beteiligung zur „Rahmenvereinbarung zwischen Schule und Jugendhilfe für die Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit besonders herausforderndem Verhalten“ thematisiert worden.

■ berichtet außerdem von der Verabschiedung von ■ am 27.03.2013 in der Patriotischen Gesellschaft. ■ merkt an, dass die dort gehaltene Rede von ■ im nächsten FORUM Kinder- und Jugendarbeit erscheinen sollte.

## 3. Aktuelles aus der Verwaltung

Auf Nachfrage von ■ berichtet ■, dass es in der vergangenen Woche ein Gespräch in der BSB mit dem LEA und der Elternkammer gegeben habe. Beide Gremien würden den GBS-Ausbau eng begleiten. Vgl. auch Pressemitteilung der BSB: <http://www.hamburg.de/contentblob/3923076/data/pressemeldung.pdf>

■ verweist außerdem auf die Antworten zur SKA 20/7613.

■ informiert, dass am 31.03.2013 11 ASD-Stellen vakant gewesen seien. Die Nachbesetzungsverfahren würden jedoch laufen. Zwischen der Finanzbehörde und den Bezirksämtern sei zudem ein Verfahren für die Bewirtschaftung der Stellen in den Schonbereichen ASD und deren Servicefunktionen vereinbart worden.

Bezüglich des Tarifabschlusses merkt ■ an, dass die BASFI in den vergangenen Jahren ausreichend Reserven gebildet habe, um kein Personal einsparen zu müssen. Für die freien Träger, die Zuwendungen der BASFI erhielten, werde der Tarifabschluss über das bekannte Verfahren im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung abgerechnet.

Bezug nehmend auf die Sitzung vom 18.02.2013, TOP 5 „Auswertung SAE“ berichtet ■ zur Trägerstruktur bei Sozialräumlichen Hilfen und Angeboten (Stand: 21.01.2013). Es gab 268 Angebote insgesamt. Davon 54 % von HzE Trägern. Es gab 133 SHA Angebote. 59% der Angebote wurden durch HzE Träger durchgeführt. Zudem gab es 135 SAJF Angebote. Diese wurden zu 49 % von HzE Trägern durchgeführt. Erfasst werden jeweils die geschäftsführenden Träger. Eine Unschärfe entsteht daraus, dass geschäftsführende Träger, die HzE anbieten, teilweise auch Angebote in anderen Leistungsbereichen vorhalten. HzE wurde von den Trägern aber als Hauptarbeitsfeld angegeben. Diese Unschärfe lässt sich nicht ausräumen. Am Stichtag waren noch nicht alle aus den Rahmenzuweisungen OKJA und Familienförderung in die Zweckzuweisung „Sozialräumliche Hilfen und Angebote“ umgesteuerten Angebote erfasst. Wenn dies erfolgt ist, werde sich das Gesamtbild noch verändern.

## 4. a.) Einführung eines allgemeinen Anspruches auf Kindertagesbetreuung für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr (Drs. 20/7442)

■ berichtet, dass Hamburg mit der vorliegenden Drucksache Bundesrecht umsetze. Da es sich um einen begünstigenden Verwaltungsakt handele, könnten Eltern bereits jetzt entsprechende Kita-Gutscheine beantragen. Der Betreuungsschlüssel für die Zielgruppe sei 1:5. Vor dem Hintergrund des rasanten Krippenausbaus in den vergangenen Jahren bestehe kein Zweifel daran, dass am 1. August 2013 in hinreichender Anzahl Krippenplätze und das hierfür erforderliche pädagogische Personal zur Umsetzung des Rechtsanspruchs für alle einjährigen Kinder zur Verfügung stehen werden.

Sofern Eltern keinen Kitaplatz finden würden, sollte von ihnen zunächst das zuständige Bezirksamt informiert werden. Erst wenn dessen Suche nicht von Erfolg gekrönt ist, wird die BASFI eingeschaltet. Bisher ist es aber entweder dem Bezirksamt oder der BASFI immer gelungen für die Eltern bzw. das Kinder eine Betreuungsmöglichkeit zu finden.

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

#### **b.) Attraktivitätssteigerung in der Kindertagespflege**

erläutert, dass es sich bei der Tischvorlage (vgl. ANLAGE 2) um die Beantwortung eines Bürgerschaftlichen Ersuchens handelt. Aufgrund der seit 2004 rückläufigen Betreuungszahlen in der Kindertagespflege wurde ein Maßnahmenpaket geschnürt, welches die Attraktivität der Kindertagespflege steigern solle. Zum Maßnahmenpaket gehören u.a. die systematische Qualifizierung der Tagespflegepersonen, eine einheitliche Sachbearbeitung in den KTB-Abteilungen der Bezirksamter, Anreize für Vertretungsregelungen sowie Öffentlichkeitsarbeit. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

### **5. Wohnraum für Jungerwachsene**

stellt ein Konzept zur Versorgung von jungen Volljährigen mit Wohnraum im Anschluss von Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige anhand einer Präsentation vor (vgl. ANLAGE 3).

von der Beratungsstelle HUDE, für den Bezirk Hamburg-Nord zuständig, berichtet von den Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen zu finden. Nach Schätzungen des Arbeitskreises Wohnraum für junge Menschen sind in Hamburg 1500 bis 2000 Jungerwachsene betroffen.

bewertet das Konzept der BASFI als positiv. Insbesondere der Ansatz des „Housing first“ entspreche auch der Philosophie von HUDE. Das Konzept sei ein Schritt in die richtige Richtung. Zukünftig wäre zudem eine Ausweitung des Konzepts auf weitere Zielgruppen wünschenswert. Da die Beschaffung von Wohnraum sehr zeitintensiv sei, wäre eine Schaffung von zusätzlichen Notschlafstellen erforderlich.

Die Fragen der Anwesenden werden zufriedenstellend beantwortet.

berichtet von einem Beschluss der LAG Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit (vgl. ANLAGE 4).

Es wird vereinbart, dass sich der LJHA in seiner nächsten Sitzung unter Berücksichtigung des LAG-Beschlusses erneut mit dem Thema auseinandersetzt.

### **6. Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe**

Der TOP wird auf die nächste Sitzung des LJHA vertagt.

### **7. Leitfragen zur Erstellung von Schutzkonzepten in Einrichtungen**

erläutert, bei den Leitfragen zur Erstellung von Schutzkonzepten in Einrichtungen handele es sich nicht um eine Richtlinie oder Anweisung, sondern vielmehr um einen Service der BASFI zur Unterstützung der Träger. merkt an, dass aufgrund der grundsätzlichen Änderungen durch das BKiSchG neue Anforderungen an Träger gestellt werden. Der LJHA hat sich in der Vergangenheit stets sehr für die Entwicklungen des BKiSchG interessiert und wäre an einer Beteiligung interessiert gewesen.

berichtet von einem Beschluss der LAG Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit (vgl. ANLAGE 4) und betont, fachlich liege kein Dissens vor. Allerdings sei ein Schutzkonzept nunmehr zuwendungsrelevant und deshalb aus seiner Sicht diskussionswürdig.

berichtet, die Leitfragen sollen den Trägern eine Auseinandersetzung mit dem Thema vereinfachen. Die Träger sollen sich insbesondere mit dem Umgang von Übergriffen

durch Beschäftigte, Übergriffen unter Kindern und Jugendlichen sowie Übergriffen durch Außenstehende beschäftigen. [REDACTED] merkt an, sofern sich ein Fortbildungsbedarf ergebe, könne dieser an das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum (SPFZ) weitergegeben werden.

#### **8. Fachtag des LJHA**

[REDACTED] berichtet, der Fachtag des LJHA finde am 01.11.2013 in der Jugendherberge Horner Rennbahn statt. Das Thema sei „Personalentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe in Hamburg“. Als Hauptreferent wurde bereits [REDACTED] angefragt.

Am 26.04.2013 um 9 Uhr (BASFI, Hamburger Straße 37, Raum 245 (2.Stock)) soll der Fachtag inhaltlich weiter vorbereitet werden.

#### **9. Verschiedenes**

[REDACTED] berichtet auf Nachfrage von [REDACTED], dass sich das Amt FS in Kürze eine neue Organisationsstruktur geben werde. Sobald dies geschehen sei, erhalte der LJHA ein neues Organigramm zur Kenntnis.

gez.

[REDACTED]  
(Vorsitz)

gez.

[REDACTED]  
(Protokoll)



Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration  
Amt für Familie

**Landesjugendhilfeausschuss**  
**Anwesenheitsliste**  
**Mitglieder**

Sitzung am 15.04.2013

| Lfd.<br>Nr. | Name | Vorname | Unterschrift |
|-------------|------|---------|--------------|
| 1           |      |         |              |
| 2           |      |         |              |
| 3           |      |         |              |
| 4           |      |         |              |
| 5           |      |         |              |
| 6           |      |         |              |
| 7           |      |         |              |
| 8           |      |         |              |
| 9           |      |         |              |
| 10          |      |         |              |
| 11          |      |         |              |
| 12          |      |         |              |
| 13          |      |         |              |
| 14          |      |         |              |
| 15          |      |         |              |
| 16          |      |         |              |
| 17          |      |         |              |
| 18          |      |         |              |



**Landesjugendhilfeausschuss**  
**Anwesenheitsliste**  
**Sonstige Teilnehmer**

Sitzung am 15.04.2013

| Lfd.<br>Nr. | Name | Funktion | Unterschrift |
|-------------|------|----------|--------------|
| 1           |      |          |              |
| 2           |      |          |              |
| 3           |      |          |              |
| 4           |      |          |              |
| 5           |      |          |              |
| 6           |      |          |              |
| 7           |      |          |              |
| 8           |      |          |              |
| 9           |      |          |              |
| 10          |      |          |              |
| 11          |      |          |              |
| 12          |      |          |              |
| 13          |      |          |              |
| 14          |      |          |              |
| 15          |      |          |              |
| 16          |      |          |              |
| 17          |      |          |              |
| 18          |      |          |              |

## **Tisch- Vorlage für die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 15.04.2013**

### **TOP 4      Attraktivitätssteigerung in der Kindertagespflege**

#### **1.      Anlass**

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat in ihrer Sitzung am 29. März 2012 folgenden Beschluss gefasst:

I. „Der Senat wird aufgefordert,

1. zu prüfen, inwieweit die Möglichkeiten für den Aufstieg von Tagespflegepersonen von der Qualifikationsstufe 2 in die Qualifikationsstufe 3 erweitert werden können, zum Beispiel mittels Modulen, die in einem längeren Zeitraum im Rahmen der Fortbildung absolviert werden, sowie zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie Erfahrungszeiten (Berufsjahre) für einen Aufstieg von Qualifikationsstufe 1 in Qualifikationsstufe 2 stärker berücksichtigt werden können.
2. gemeinsam mit den Tagespflegebörsen transparente und handhabbare Standards zum Beispiel zur Eignungsfeststellung und Beratung, zu den räumlichen Anforderungen sowie zur Vermittlung von Tagespflegepersonen zu entwickeln, die den Beschäftigten der Tagespflegebörsen Orientierung bieten und zur einheitlichen Aufgabenwahrnehmung in Hamburg beitragen.
3. gemeinsam mit den bezirklichen Abteilungen Kindertagesbetreuung eine einheitliche Antragsbearbeitung zu gewährleisten.
4. in Abstimmung mit den Tagespflegebörsen darauf hinzuwirken, dass Tagespflegepersonen bedarfsgerechte Unterstützung bei der Organisation von Vertretungslösungen erhalten. Hierbei sollen die entsprechenden Erfahrungen des Hamburger Modellprojektes im Aktionsprogramm Kindertagespflege berücksichtigt werden.
5. gemeinsam mit den Bezirken die Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle für die Belange der Tagespflegepersonen zu prüfen, die zum Beispiel für Themen wie die Fort- und Weiterbildung oder für die Beratung zur Organisation von Großtagespflegestellen zur Verfügung steht.
6. mittels geeigneter Öffentlichkeitsarbeit für die Arbeit als Tagesmutter und Tagesvater sowie die Inanspruchnahme der Kindertagespflege zu werben.
7. in Abstimmung mit den Tagespflegebörsen in den Bezirken zu gewährleisten, dass Anträge der Tagespflegepersonen auf Sachkosten beziehungsweise Zu-

schüsse bei Vorliegen aller Unterlagen in der Sache einheitlich und in der Regel innerhalb von maximal sechs Wochen beschieden werden.

8. eine sogenannte Arbeitshilfe mit fachlichen Standards zu erstellen, die der Transparenz sowie der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung der bezirklichen Tagespflegebörsen dient.

9. der Bürgerschaft zu berichten.“

II. „Der Senat wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Tagespflegepersonen nicht unter die EU-Richtlinie fallen,

2. sich für eine möglichst unbürokratische Auslegung der EU-Hygienevorschriften stark zu machen und dabei insbesondere dafür einzutreten,

a. dass die Einstufung als Lebensmittelunternehmer mindestens für allein tätige Tagespflegekräfte zurückgenommen wird,

b. bei der Anwendung der Hygienevorschriften gegebenenfalls zwischen der Betreuung in Privatwohnungen einzelner Tageseltern und im Verbund einer Großtagespflegestelle zu unterscheiden,

3. Weiterentwicklungsschritte zukünftig immer gemeinsam mit den Tagespflegepersonen und ihrer Interessenvertretung abzusprechen,

4. der Bürgerschaft bis zum 31. August 2012 zu berichten.“

## 2. Sachverhalt

Kinderbetreuung durch Tagesmütter und -väter hat in Hamburg bereits seit vielen Jahren Tradition. In den letzten Jahren wurde die Kindertagespflege bundesweit im Zuge der Veränderungen im Sozialgesetzbuch – Achtes Buch (SGB VIII) durch das *Tagesbetreuungsausbaugesetz* (TAG, 2005), das *Kinder- und Jugendhilfeentwickelungsgesetz* (KICK, 2005) sowie das *Gesetz zu Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege* (KiföG, 2008) aufgewertet. Sie soll sich zu einem gleichrangigen Angebot neben der institutionellen Betreuung in Tageseinrichtungen entwickeln. Demzufolge befindet sich die Kindertagespflege in einem Umbruch, um diesem Anspruch auch fachlich gerecht zu werden. Tagespflegepersonen nehmen den gleichen Förderauftrag für die Erziehung, Bildung und Betreuung gemäß § 22 SGB VIII wie Kindertageseinrichtungen wahr und benötigen hierfür gemäß § 43 SGB VIII eine Pflegeerlaubnis. Diese wird in Hamburg durch die bezirklichen Tagespflegebörsen, die den Jugendämtern bzw. den Sozialen Dienstleistungszentren zugeordnet sind, nach Prüfung der persönlichen, fachlichen und räumlichen Eignung erteilt. Die Tagespflegebörsen sind außerdem für die fachliche Begleitung der Tagesmütter und -väter sowie für die Beratung und Vermittlung von Eltern zuständig. Mit den gesetzlichen und strukturellen Ver-

änderungen hat sich auch das Aufgabengebiet der Tagespflegebörsen in den letzten Jahren stark gewandelt und an Bedeutung gewonnen.

Hauptzielgruppe für die Kindertagespflege sind Kinder unter drei Jahren; doch auch Kinder im Elementar<sup>1</sup>- und Schulalter werden von Tagesmüttern und -vätern betreut. Die Angebotsvielfalt reicht dabei von der „klassischen“ Tagespflegeperson, die an einigen Stunden pro Tag oder Woche ein bis zwei Kinder gemeinsam mit den eigenen Kinder betreut, über Tagespflegepersonen, die im eigenen Haushalt bis zu fünf Krippenkinder zeitgleich betreuen, bis hin zur Großtagespflege, in der bis zu vier Tagespflegepersonen gemeinsam in externen Räumen maximal zwanzig Kinder zeitgleich betreuen.

In Hamburg spielt die Kindertagespflege traditionell immer schon eine bedeutende Rolle. Im Jahr 2004 lag der Anteil der Kindertagespflege an allen betreuten Kindern unter drei Jahren mit 1.837 Kindern bei 25,4 Prozent. Vor dem Hintergrund des außerordentlich erfolgreichen Ausbaus der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren in Hamburger Kitas ist dieser Anteil gesunken und lag am 1.3.2012 nur noch bei 12,7 Prozent. Seit 2010 ist auch die absolute Zahl der in Kindertagespflege betreuten unter Dreijährigen rückläufig. Zum Stichtag 1.3.2012 wurden 2.258 Kinder unter drei Jahren durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut.

| <b>Betreute Kinder unter drei Jahren in Hamburg</b> |                               |              |              |               |               |               |               |               |                         |
|---|-------------------------------|--------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------------------|
| <b>Betreuungs-<br/>form</b>                         | <b>jahresdurchschnittlich</b> |              |              |               |               |               |               |               | <b>Stichtag</b>         |
|   | <b>2004</b>                   | <b>2005</b>  | <b>2006</b>  | <b>2007</b>   | <b>2008</b>   | <b>2009</b>   | <b>2010</b>   | <b>2011</b>   | <b>1. März<br/>2012</b> |
| Kitas   | 5.384                         | 6.157        | 6.972        | 8.073         | 9.276         | 10.625        | 12.043        | 13.711        | 15.480                  |
| Kindertages-<br>pflege                              | 1.837                         | 1.937        | 1.974        | 2.135         | 2.359         | 2.499         | 2.396         | 2.318         | 2.258                   |
| <b>Gesamt</b>                                       | <b>7.221</b>                  | <b>8.094</b> | <b>8.946</b> | <b>10.208</b> | <b>11.635</b> | <b>13.124</b> | <b>14.439</b> | <b>16.029</b> | <b>17.738</b>           |
| <b>Anteil der<br/>Kindertages-<br/>pflege</b>       | <b>25,4%</b>                  | <b>23,9%</b> | <b>22,1%</b> | <b>20,9%</b>  | <b>20,3%</b>  | <b>19,0%</b>  | <b>16,6%</b>  | <b>14,5%</b>  | <b>12,7%</b>            |

Die Zahl der Tagespflegepersonen ist in Hamburg in den letzten Jahren ebenfalls zurückgegangen. 2010 waren jahresdurchschnittlich noch 1.741 Personen in der öffentlich geförderten Kindertagespflege tätig, 2012 waren es jahresdurchschnittlich nur noch 1.454 Tagespflegepersonen.<sup>2</sup> Wie auch die ersten Befunde der Länderstudie des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) im Rahmen der KiföG-Evaluation zeigen, entscheidet sich ein Großteil der Eltern, seine Kinder in einer Kindertageseinrichtung betreuen zu lassen.

<sup>1</sup> Kinder im Alter ab drei Jahren bis zum Schuleintritt.

<sup>2</sup> Drs. 20/6498.

So geht das DJI bundesweit nur von einem Anteil zwischen 2,1 und 8,9 Prozent der Eltern aus, die die Kindertagespflege präferieren.<sup>3</sup>

Weitere Gründe für die zahlenmäßig negative Entwicklung der Kindertagespflege in Hamburg sind in den Veränderungen der Rahmenbedingungen für die Tagespflegepersonen zu sehen. In den letzten Jahren hat es wesentliche Veränderungen u. a. in steuerrechtlichen, sozialversicherungsrechtlichen und hygienerechtlichen Bereichen der Kindertagespflege gegeben. Die Anforderungen an die Tagespflegepersonen sind komplexer geworden. Im Sinne einer Verbesserung der Qualität der Kindertagespflege sind die Anforderungen an die Qualifikation der Tagespflegepersonen sowie an die Qualitätssicherung durch eine Fortbildungsverpflichtung erhöht worden. Die erhöhten Ansprüche an die Kindertagespflege können sich im Einzelfall nachteilig auf die Motivation für eine Tätigkeit in der Kindertagespflege auswirken. Gleichzeitig sind sie eine Folge der vielfach geforderten und begrüßenswerten Professionalisierung der Kindertagespflege. Diese Professionalisierung kann aus Sicht des Senats dazu führen, dass sich die Attraktivität der Kindertagespflege für die Eltern erhöht und sich positiv auf die Zahl der durch eine Tagespflegeperson betreuten Kinder auswirkt.

Entscheidend für die Inanspruchnahme der Kindertagespflege als Betreuungsform sind weiterhin die Bekanntheit und ihr Image in der Gesellschaft und insbesondere bei Eltern kleiner Kinder. Die Tagespflegepersonen können aufgrund ihrer familienähnlichen Betreuung und Flexibilität im Vergleich zur Kita besonderen Wünschen und Bedarfen der Eltern und Kinder leichter entsprechen. Tagespflegepersonen sind angehalten, für eine Vertretung zu sorgen, wenn sie urlaubs- oder krankheitsbedingt ausfallen, um so die Verlässlichkeit der Betreuung sicherstellen zu können, die für die Eltern vielfach maßgeblich ist. Das Jugendamt unterstützt die Tagespflegepersonen dabei im Rahmen des gesetzlichen Auftrags gemäß § 23 SGB VIII.

Hamburg nimmt beim Krippenausbau bundesweit eine hervorragende Position ein. Nach den Prognosen der zuständigen Fachbehörde wird in Hamburg zum Inkrafttreten des bundesweiten allgemeinen Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr am 1. August 2013 eine Betreuungsquote von ca. 43 % aller Kinder unter drei Jahren erreicht. Im Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern ist Hamburg Spitzenreiter beim Krippenausbau.

Neben einer ausreichenden Anzahl von Plätzen ermöglicht eine breite Vielfalt der Betreuungsangebote den Eltern, die passende Betreuung für ihr Kind zu erhalten. Damit die Eltern aus verschiedenen attraktiven Betreuungsformen wählen können, ist es not-

---

<sup>3</sup> Quelle: Deutsches Jugendinstitut München (2012). Erste Befunde der DJI-Länderstudie im Rahmen der KiföG-Evaluation, S. 3.



wendig, die rückläufige Entwicklung der Kindertagespflege in Hamburg aufzuhalten, die Qualität der Betreuung zu steigern und die Inanspruchnahme zu stabilisieren.

### **3. Lösung**

Wie dargestellt, wird die rückläufige Entwicklung der Kindertagespflege auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. Daraus ergibt sich ein breites Maßnahmenbündel für die Steigerung der Attraktivität der Kindertagespflege sowohl bei den Eltern als auch bei den (angehenden) Tagesmüttern und -vätern, das an den verschiedenen Ursachen ansetzt. Einerseits geht es darum, das Wissen der Eltern über das qualitative und individuelle Betreuungsangebot der Kindertagespflege zu erhöhen. Gleichzeitig muss in diesem Zusammenhang das Image der Kindertagespflege verbessert werden. Zu beiden Aspekten soll eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit beitragen, die darüber hinaus auch zum Ziel hat, neue Tagespflegepersonen anzuwerben. Andererseits sollen bereits erfolgreich und mit guter Qualität arbeitende Tagespflegepersonen angeregt werden, im Arbeitsfeld der Kindertagespflege zu bleiben und ihr Angebot kontinuierlich zu verbessern. Hierzu sollen Anreize zur Qualifizierung durch erweiterte Möglichkeiten für den Erhalt eines höheren Tagespflegegeldes sowie ein verbessertes Beratungsangebot durch die bezirklichen Tagespflegebörsen beitragen. Letztere sollen durch transparente Standards für die Eignungsprüfung, Beratung, Vermittlung und Antragsbearbeitung zur Gewährleistung einer qualitativ guten und einheitlichen Aufgabenwahrnehmung unterstützt werden. Für die Eltern ist die Verlässlichkeit der Kindertagesbetreuung von großer Bedeutung, unabhängig davon, ob in der Kita oder in Kindertagespflege. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Eltern berufstätig sind. Deshalb wird auch die gegenseitige Vertretung von Tagesmüttern und -vätern in den Fokus genommen.

### **4. Maßnahmenbündel zur Attraktivitätssteigerung der Kindertagespflege**

#### **4.1 Modulartiger Aufstieg von Qualifikationsstufe 2 nach 3 und Frage nach Anerkennung von Erfahrungszeiten für den Aufstieg von Qualifikationsstufe 1 nach 2 (Punkt I.1 des Ersuchens)**

Gemäß Kindertagespflegeverordnung (KTagPfIVO) existieren in Hamburg drei Qualifikationsstufen, für die jeweils ein unterschiedlicher Tagespflegegeldsatz gezahlt wird. Mindestqualifikation für die Tätigkeit in der Kindertagespflege in Hamburg ist eine 45 Unterrichtsstunden umfassende Qualifizierung. Nach Abschluss dieser Einführungsqualifizierung kann die Tätigkeit in der Kindertagespflege aufgenommen werden. Diese Tagespflegepersonen erhalten das Tagespflegegeld der Qualifikationsstufe 1 und haben die Möglichkeit, über das Hamburger Qualifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen tätigkeitsbegleitend die sogenannte Langzeitqualifizierung zu absolvieren. Diese schließt nach 180 Unterrichtsstunden mit einem Kolloquium ab. Tagespflegepersonen, die die Langzeitqualifizierung inklusive Kolloquium erfolgreich absolviert haben, erhalten das

Tagespflegegeld der Qualifikationsstufe 2 und können bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen das bundesweit anerkannte Zertifikat des Bundesverbands für Kindertagespflege e.V. „Qualifizierte Tagespflegeperson“ erhalten. Tagespflegepersonen mit einer pädagogischen Berufsausbildung nehmen an dem Einführungskurs zur Kindertagespflege im Umfang von 15 Unterrichtsstunden sowie tätigkeitsbegleitend im Umfang von 33 Stunden an der Praxisberatung/Supervision und dem Kurs „Kinderschutz und Kinderrechte“ teil und können nach erfolgreichem Abschluss das Tagespflegegeld der Qualifikationsstufe 3 erhalten.

Darüber hinaus gilt für alle Tagespflegeperson eine Fortbildungsverpflichtung im Umfang von 18 Unterrichtsstunden in einem Zeitraum von zwei Jahren. Dieser Fortbildungsverpflichtung kann durch die Teilnahme an den vielfältigen Veranstaltungen im Hamburger Qualifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen nachgekommen werden. Tagespflegepersonen, die die Langzeitqualifizierung von 180 Unterrichtsstunden erfolgreich abgeschlossen haben oder eine pädagogische Berufsausbildung vorweisen, können außerdem kostenfrei an den Fort- und Weiterbildungsangeboten des Sozialpädagogischen Fortbildungszentrums der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) für Kita-Fachkräfte teilnehmen.

Die zuständige BASFI führte von 2010 bis 2012 in Kooperation mit der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) für Tagespflegepersonen eine zweijährige tätigkeitsbegleitende Ausbildung zur staatlich anerkannten „Sozialpädagogischen Assistentin“ bzw. zum staatlich anerkannten „Sozialpädagogischen Assistenten“ durch. Ziel war es, zum einen die Fachlichkeit und Professionalität der Tagespflegepersonen zu verbessern und zum anderen Tagespflegepersonen ohne pädagogische Berufsausbildung den Aufstieg von Qualifikationsstufe 2 nach 3 zu ermöglichen. Am 1. Februar 2013 hat ein weiterer Ausbildungsgang begonnen.

Darüber hinaus wurden die Aufnahmemodalitäten der sozialpädagogischen Fach- und Berufsfachschulen dahingehend verändert, dass eine zweijährige Betreuungstätigkeit im Feld der Kindertagespflege als einschlägige Aufnahmevoraussetzung anerkannt wird. Tagespflegepersonen können somit, sofern sie die schulischen Voraussetzungen nachweisen und die Hamburger Langzeitqualifizierung erfolgreich abgeschlossen haben, tätigkeitsbegleitend eine Ausbildung als Erzieherin bzw. Erzieher oder als sozialpädagogische Assistentin bzw. sozialpädagogischer Assistent absolvieren. Dadurch ist weiterhin eine gute Durchlässigkeit und Anschlussmöglichkeit von der Weiterbildung bis zum Berufsabschluss für Tagespflegepersonen geschaffen worden.

### **Modulartiger Aufstieg von Qualifikationsstufe 2 nach 3**

Parallel zum tätigkeitsbegleitenden Ausbildungsgang soll im Zuge der Professionalisierung der Kindertagespflege ein modularer Aufstieg von der zweiten in die dritte Qualifika-

tionsstufe ermöglicht werden. Dadurch erhielten auch Tagespflegepersonen, die sich bewusst für eine langjährige Tätigkeit in der Kindertagespflege als Beruf entschieden haben und denen eine Berufsausbildung in der tätigkeitsbegleitenden Form nicht möglich ist, eine Berufs- und Entwicklungsperspektive. Durch eine modular angebotene einschlägige Fort- und Weiterbildung können die Tagespflegepersonen ein Qualifikationsniveau erreichen, welches inhaltlich mit dem Ergebnis eines einschlägigen Berufsfachschulabschlusses (Sozialpädagogische Assistenz) vergleichbar wäre und damit zum Übergang in die Qualifikationsstufe 3 berechtigen würde. Die Ausbildung zur Sozialpädagogischen Assistentin bzw. zum Sozialpädagogischen Assistenten umfasst ca. 1.800 Unterrichtsstunden<sup>4</sup>. Dieser Ausbildungsumfang könnte als Orientierungswert für einen modularen Aufstieg von Tagespflegepersonen in die Qualifikationsstufe 3 gelten. Im Kontext der Anerkennung bereits erfolgreich absolvierter Berufsabschlüsse und unter Berücksichtigung des Kompetenzansatzes des Deutschen Qualifizierungsrahmens<sup>5</sup> könnte eine bereits absolvierte nicht einschlägige Berufsausbildung in einem bestimmten Umfang auf die Voraussetzungen für die Qualifikationsstufe 3 angerechnet werden. Denkbar ist, andere einschlägige Qualifizierungen (z.B. zur Jugend- oder Spielgruppenleiterin bzw. zum Jugend- oder Spielgruppenleiter, einschlägige fachliche Fortbildungen) je nach Art und Umfang entsprechend zu berücksichtigen. Darüber hinaus könnten fehlende Qualifizierungszeiten tätigkeitsbegleitend in einzelnen Modulen absolviert werden. Die BASFI wird hierzu in Abstimmung mit der BSB bis Ende 2013 ein Fort- und Weiterbildungskonzept vorlegen.

### **Anerkennung von Erfahrungszeiten für den Aufstieg von Qualifikationsstufe 1 nach 2**

Grundsätzlich ist anzumerken, dass Hamburg in Bezug auf die fachliche Qualifizierung geringere Mindest-Anforderungen (45 Unterrichtsstunden) an Tagespflegepersonen stellt als andere Bundesländer, welche mehrheitlich als Minimum für die Tätigkeit in der Kindertagespflege die 160 Unterrichtsstunden nach DJI<sup>6</sup>-Curriculum verlangen.<sup>7</sup> Gerade langjährig berufserfahrene Tagespflegepersonen sind aufgefordert, sich fachlich weiterzuentwickeln. Eine umfangreiche Erfahrung kann beim gesetzlichen Auftrag der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern sehr hilfreich sein; sie ist jedoch kein Garant für gutes pädagogisches Arbeiten. Kontinuierliche Qualifizierung vermittelt aktuelles pä-

---

<sup>4</sup> Zzgl. Wahlpflichtkurse und Praxisanteile, vgl. Hamburger Institut für Berufliche Bildung: *Sozialpädagogische Assistenz. Standards für die praktische Ausbildung in Hamburg*. Aktualisierte Auflage 2012.

<sup>5</sup> [www.deutscherqualifizierungsrahmen.de](http://www.deutscherqualifizierungsrahmen.de)

<sup>6</sup> Deutsches Jugendinstitut.

<sup>7</sup> Vgl. Jänsch: Aktionsprogramm Kindertagespflege; Deutsches Jugendinstitut 2011.

dagogisches Wissen, regt zu Reflexion und Weiterentwicklung des eigenen pädagogischen Handelns an und bietet darüber hinaus den Austausch und die Vernetzung mit anderen Tagespflegepersonen. Tagespflegepersonen in Hamburg haben die Möglichkeit, tätigkeitsbegleitend entweder in Modulen oder im Rahmen einer festen Lerngruppe die Langzeitqualifizierung zu absolvieren und so den Aufstieg von Qualifikationsstufe 1 nach 2 zu unternehmen. Die Teilnahme an der Langzeitqualifizierung wird auf die Fortbildungsverpflichtung angerechnet. Einen Aufstieg in eine höhere Qualifikationsstufe allein aufgrund von langjähriger Tätigkeit in der Kindertagespflege ohne zusätzliche Fortbildung lehnt der Senat vor dem Hintergrund des umfassenden Förder- und Bildungsauftrags der Kindertagespflege gemäß SGB VIII und dem Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) ab.

#### **4.2 Transparente und handhabbare Standards zur Eignungsfeststellung, Beratung und Vermittlung von Tagespflegepersonen sowie zur Antragsbearbeitung (Punkte I.2, I.3, I.7, I.8 des Ersuchens)**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bezirklichen Tagespflegebörsen treffen ihre Entscheidungen auf Grundlage bundes- und landesrechtlicher Regelungen sowie der Hamburger Kindertagespflegeverordnung. In Ergänzung dieser Vorgaben wurde zum 10. September 2012 die neue Fachanweisung Kindertagesbetreuung erlassen, welche die bisherige Globalrichtlinie Kindertagesbetreuung ablöst. Die Fachanweisung dient der Sicherung eines bezirksübergreifend einheitlichen Verwaltungshandelns. Enthalten ist ein umfangreicher Abschnitt zur Kindertagespflege. Dieser beinhaltet insbesondere Regelungen zur Eignungsprüfung und Vermittlung von Tagespflegepersonen sowie zur Bewilligung der öffentlichen Förderung der Kindertagespflege. Es liegen einheitliche Antragsformulare und Merkblätter vor, die für einen reibungslosen Ablauf der Antragsbearbeitung sorgen. Bei Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen werden die Kindertagespflege-Anträge in allen Bezirken grundsätzlich sofort bearbeitet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der für Kindertagesbetreuung zuständigen bezirklichen Abteilungen wurden im Rahmen von Informationsveranstaltungen zu den in der Fachanweisung enthaltenen Regelungen geschult. Darüber hinaus erfolgt eine überbezirkliche fachliche Abstimmung zur Sicherstellung eines einheitlichen Verwaltungshandelns in den bezirklichen Abteilungen unter Beteiligung der BASFI in regelmäßigen Arbeitskreisen.

In Ergänzung zur erwähnten Fachanweisung wird von der BASFI in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen aus den Tagespflegebörsen eine Arbeitshilfe mit fachlichen Standards für die Kindertagespflege in Hamburg zu den Themen Beratung, Qualifizierung, Prüfung und Vermittlung von Tagespflegepersonen erarbeitet. Für die Großtagespflege, bei der sich zwei bis vier Tagespflegepersonen zur Durchführung der Kindertagespflege in gemeinsamen Räumen zusammenschließen, wurde ein umfangreiches Internet-Handbuch

Großtagespflege<sup>8</sup> erarbeitet, welches detaillierte Informationen und Regelungen zu den speziellen Anforderungen an die Großtagespflege enthält. Die angesprochene Arbeitshilfe beinhaltet auch Standards für die Überprüfung der für die Kindertagespflege genutzten Räumlichkeiten. Bei Bedarf beteiligen die Tagespflegebörsen die Unfallkasse Nord bei der Prüfung der Räume. Die planungs- und bauordnungsrechtlichen Anforderungen insbesondere für die Großtagespflege sind zwischen den zuständigen Fachbehörden abgestimmt und in einem Fachlichen Hinweis für die bezirklichen Bauprüfabteilungen festgeschrieben worden. Das Internethandbuch Großtagespflege enthält neben anderen Hinweisen zu den Betreuungsräumen beispielsweise auch einen Leitfaden zu den bauordnungsrechtlichen Anforderungen an die Großtagespflege.

Ziel der dargestellten Maßnahmen für transparente und handhabbare Standards ist neben der Vereinheitlichung der Arbeit der bezirklichen Tagespflegebörsen auch ein verbessertes Beratungsangebot für die Tagespflegepersonen.

#### **4.3 Unterstützung für Tagespflegepersonen bei der Organisation von Vertretungslösungen (Punkt I.4 des Ersuchens)**

Anders als in der Kita ist in der Kindertagespflege das einzelne Kind „seiner“ spezifischen Tagespflegeperson fest zugeordnet. Die Anzahl zeitgleich durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater zu betreuender Kinder ist in der Pflegeerlaubnis festgehalten und beträgt maximal fünf Kinder. Diese Rahmenbedingungen erschweren bei Ausfall der Tagespflegeperson die Ersatzbetreuung. Dabei sind aus pädagogischer Sicht im Sinne des Kindeswohls langfristige Vertretungsbeziehungen stets gegenüber kurzfristigen Vertretungslösungen zu bevorzugen. Funktionierende Vertretungslösungen sind auch aus Perspektive der Eltern von großer Bedeutung, da sie eine Verlässlichkeit in der Betreuung sicherstellen, was insbesondere für berufstätige Eltern ein wichtiges Kriterium bei der Wahl der passenden Betreuungsform ist. Idealerweise werden zwischen der eigentlichen Tagespflegeperson, der Vertretungskraft und den Eltern bereits vorab Absprachen (ggf. schriftlich) getroffen, sodass hier in der Vertretungssituation keine Unsicherheit herrscht oder Streitigkeiten entstehen. Gerade für sehr kleine Kinder ist eine plötzliche Betreuung durch eine fremde Person eine Stresssituation, die es zu vermeiden gilt. Gegenseitige Besuche der einander vertretenden Tagespflegepersonen unter Einbeziehung der Tageskinder bereits im Vorfeld möglicher Vertretungssituationen bieten den Kindern die Möglichkeit, die andere Betreuungsperson, die anderen Räume sowie die anderen Kinder kennenzulernen. Dies erleichtert den Übergang in der tatsächlichen Vertretungssituation.

Grundsätzlich stellen die Tagesmütter und Tagesväter ihre Vertretung selbständig sicher. Gelingt dies nicht, erhalten Tagespflegepersonen und Eltern Unterstützung bei der

---

<sup>8</sup> [www.hamburg.de/handbuch-grosstagespflege](http://www.hamburg.de/handbuch-grosstagespflege)



Suche nach einer geeigneten Vertretungsperson gemäß § 23 SGB VIII durch die bezirklichen Tagespflegebörsen oder durch die Interessenvertretungen der Tagespflegepersonen<sup>9</sup>. Stadtteilgruppen helfen dabei, andere Tagespflegepersonen in der sozialräumlichen Umgebung kennen zu lernen und eine gemeinsame Vertretungslösung zu erarbeiten. Auch die Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen kann Chancen für eine Vertretung eröffnen.

Die finanzielle Förderung durch die Freie und Hansestadt Hamburg erfolgt für die Zeit der tatsächlichen Vertretung sowohl für die ausfallende Tagespflegeperson<sup>10</sup> als auch für die Vertretungskraft je Kind. Die Eltern beantragen die Kostenübernahme für die Vertretungsperson in der Tagespflegebörse. Die Vertretungskräfte erhalten eine Bezahlung ihrer Tätigkeit nur in den Fällen, in denen auch tatsächlich Kinder betreut werden. Für die Tagespflegepersonen und Eltern steht ein einheitliches Antragsformular und sowie ein Merkblatt zur Vertretung zur Verfügung. Mit der Fachanweisung Kindertagesbetreuung und den in diesem Zusammenhang erfolgten Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bezirklichen Abteilungen Kindertagesbetreuung wurden die vorhandenen Regelungen zur Abrechnung von Vertretungen systematisch vermittelt, um auf eine hamburgweit einheitliche Handhabung hinzuwirken.

Ein Hamburger Modellprojekt im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege beschäftigte sich von 2009 bis 2011 mit dem Thema Vertretung in der Kindertagespflege. Die zuständige Fachbehörde kooperierte dabei im Projekt „alster-tagespflege-lotsen“, welches außerdem durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie durch Bundesmittel unterstützt wurde, mit der alsterdorf assistenz west gGmbH. Ziel des Projektes war es, im Modellbezirk Hamburg-Nord auf ein verlässliches Vertretungssystem hinzuwirken, Erfolgs- und Hinderungsbedingungen zu analysieren und Hinweise für die Übertragung auf die anderen Bezirke zu geben. Als „Lotsen“ wurden in der Kindertagespflege erfahrene „Netzwerkerinnen“ eingesetzt, die Tagespflegestellen bei der Erarbeitung einer geeigneten individuellen Vertretungslösung beraten und begleiten sollten.

Auf Grundlage der Erfahrungen und Ergebnisse aus dem Projekt hat sich gezeigt, dass insbesondere der gegenseitige Austausch in Stadtteilgruppen, die Vernetzung von Tagespflegepersonen untereinander sowie eine entsprechende fachliche Begleitung förderlich für die Schaffung von Vertretungslösungen ist. Vertretung ist insbesondere dann erfolgreich, wenn die einzelne Tagespflegeperson den Bedarf einer funktionierenden Vertretungsregelung erkannt hat. Dadurch kann die Tagespflegeperson den Eltern Verlässlichkeit bieten.

---

<sup>9</sup> Hamburger Tagesmütter und -väter e.V., welcher mit ca. 240 Mitgliedern einen Anteil von ca. 18 Prozent der Tagespflegepersonen in Hamburg repräsentiert.

<sup>10</sup> Für einen fest definierten Zeitraum (s. § 6 Absatz 1 KTagPfIVO).



Die Tagespflegebörsen werden die Tagesmütter und -väter verstärkt dabei unterstützen, die eigene Vertretung sicherzustellen. In den einzelnen Bezirken existieren bereits Stadtteilgruppen zur Vernetzung von Tagespflegepersonen untereinander, dieses Angebot soll – z.B. in Kooperation mit Elternschulen oder Eltern-Kind-Zentren – ausgebaut werden, um so die Möglichkeiten für die einzelnen Tagespflegepersonen, einen Kooperationspartner oder eine Kooperationspartnerin zu finden, zu erweitern. Im Hamburger Qualifizierungsprogramm für Tagespflegepersonen sind u.a. Angebote zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und zur Vernetzung enthalten. Diese beiden Themen sollen zukünftig durch spezielle Angebote rund um das Thema Vertretung ergänzt werden. Um weiter für das Thema zu werben, ist seitens der zuständigen Behörde geplant, mittels Best-Practise-Beispielen im *Hamburger Kindertagespflege-Newsletter* die Vernetzung und Vertretung in der Kindertagespflege zu unterstützen und Modelle für eine eigene Vertretungslösung zu geben.

Ziel ist, den Tagespflegepersonen zum einen ein verbessertes Beratungsangebot zum Thema Vertretung zur Verfügung zu stellen. Zum anderen soll durch eine gesteigerte Verlässlichkeit der Betreuung durch eine Tagespflegeperson zu einer größeren Attraktivität der Kindertagespflege bei den Eltern beigetragen werden.

#### **4.4 Frage nach Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle für Tagespflegepersonen (Punkt I.5 des Ersuchens)**

In jedem der sieben Hamburger Bezirke haben Tagesmütter, Tagesväter und auch Eltern auf der Suche nach einem Betreuungsplatz für ihr Kind in den Tagespflegebörsen der bezirklichen Jugendämter bzw. Sozialen Dienstleistungszentren einen Ansprechpartner vor Ort. Durch die Fachkräfte in den Tagespflegebörsen erfolgt die Beratung und fachliche Begleitung in allen Belangen der Kindertagespflege. Tagesmütter und -väter sind regelhaft selbständig tätig und nicht bei einem Träger oder in einem Verband organisiert. Sie arbeiten allein oder in einer Großtagespflegestelle mit maximal drei anderen Tagespflegepersonen. Dadurch sind die Gelegenheiten des fachlichen Austauschs – anders als in einer institutionellen Kindertageseinrichtung – je nach persönlichen Gegebenheiten eher reduziert. Hierdurch wird die besondere Notwendigkeit einer qualifizierten fachlichen Begleitung verdeutlicht.

Die Beratung durch die Tagespflegebörsen umfasst ein breites Spektrum von auf der einen Seite pädagogisch-fachlichen Fragen über tagespflegespezifische Aspekte der Selbständigkeit bis hin zu übergeordneten Themen wie beispielsweise bauordnungsrechtliche oder hygienische Anforderungen an die Kindertagespflegestelle. Die in der fachlichen Begleitung tätigen Fachkräfte müssen diese vielfältigen und umfangreichen Anforderungen abdecken und gleichzeitig auch die Vermittlung der Betreuungsplätze an suchende Eltern sicherstellen. Im Bereich der Qualifizierung sowie der Fortbildung in der

Kindertagespflege wird das Angebot der Bezirke durch das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum der BASFI mittels der Organisation des Hamburger Qualifizierungsprogramms für Tagespflegepersonen, durch das Angebot bezirksübergreifender Supervisionsgruppen sowie durch telefonische oder persönliche Beratung rund um Fragen der Qualifikation und der Aus- und Weiterbildung umfassend ergänzt.

Im Zusammenhang mit der immer größeren Bedeutung der Großtagespflege, bei der sich zwei bis vier Tagespflegepersonen in gemeinsam genutzten Räumen zusammenschließen, sind auch andere Anforderungen an die Großtagespflegestellen, wie beispielsweise aus dem Bauordnungs- und Planungsrecht oder der Lebensmittelhygiene, gestiegen. Ein Großteil dieser Fragen stellt sich bereits in der Gründungsphase von Großtagespflegestellen. Im Internethandbuch Großtagespflege finden an dieser Form der Kindertagespflege Interessierte umfangreiche Informationen und verschiedene Materialien, die insbesondere bei der Gründung einer Großtagespflegestelle hilfreich sind. Die tatsächliche Beratung im Einzelfall anhand der Begebenheiten vor Ort kann ein Internethandbuch jedoch nicht ersetzen. Diese Aufgabe obliegt den Fachkräften der Tagespflegebörsen. Im Zuge anfänglicher Unkenntnis über das Betreuungsangebot der Großtagespflege und seine spezifischen Anforderungen wurde der Vorschlag entwickelt, eine zentrale Ansprechstelle für Großtagespflegestellen einzurichten.

Zwischenzeitlich konnte aufgrund eines besseren Austauschs zwischen den einzelnen Fachbereichen und gemeinsamer Abstimmung von Standards speziell für die Großtagespflege der Genehmigungs- und Beratungsprozess von Großtagespflegestellen vereinfacht werden<sup>11</sup>. Es ist davon auszugehen, dass sich durch eine fortgesetzte enge Begleitung durch die zuständige Fachbehörde die Situation weiterhin verbessern wird. Nach Auffassung der BASFI sowie der Bezirksämter ist aufgrund der vorhandenen Beratungsangebote sowie der erfolgten Klärung der Anforderungen eine zusätzliche zentrale Anlaufstelle daher nicht erforderlich. Es wird bezweifelt, dass eine weitere Anlaufstelle angesichts der zusätzlichen Schnittstellen und erforderlichen Absprachen zu einer tatsächlichen Verbesserung für die Tagespflegepersonen beitragen könnte.

#### **4.5 Öffentlichkeitsarbeit für die Kindertagespflege (Punkt I.6 des Ersuchens)**

Der Senat verfolgt das Ziel, mittels einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit sowohl Personen für die Tätigkeit als Tagespflegepersonen zu gewinnen, als auch die Inanspruchnahme der Kindertagespflege zu stabilisieren oder gar zu erhöhen. Die Kenntnis der Familien um die spezifischen Vorteile der Kindertagespflege sowie der Möglichkeiten der öffentlichen Förderung soll erhöht und das Image dieser individuellen Betreuungsform verbessert werden. Dazu soll beispielsweise eine umfassende Broschüre rund um das gesamte

---

<sup>11</sup> Bspw. sind in den bezirklichen Bauprüfdienststellen spezielle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Großtagespflege benannt worden.

Spektrum der Kindertagesbetreuung in Hamburg beitragen. Darüber hinaus wird das vorhandene Faltblatt „Auf dem Weg zur passenden Kita“ überarbeitet und in ein Faltblatt „Auf dem Weg zur passenden *Kindertagesbetreuung*“ überführt. Dieses enthält dann auch Informationen über die Kindertagespflege und zeigt den Eltern beide Betreuungsformen auf.

Potenzielle neue Tagespflegepersonen sollen unter anderem über ein neu aufgelegtes Faltblatt „Hamburg sucht Tagesmütter und Tagesväter“ für die Tätigkeit in der Kindertagespflege geworben werden. Bereits seit September 2012 können sich an der Tätigkeit als Tagesmutter oder Tagesvater interessierte Personen auf zentralen Informationsveranstaltungen, die zweimal monatlich angeboten werden, über die Kindertagespflege und ihre Rahmenbedingungen informieren. Dort erhalten die Interessierten eine ansprechend gestaltete Informationsmappe mit vielen Informationen und Materialien, die insbesondere zu Beginn der Tätigkeit in als Tagespflegeperson von Bedeutung sind.

Die Kindertagespflege wird in den Veröffentlichungen der BASFI zum geplanten allgemeinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ab 1. August 2013 ausführlich neben der Kita-Betreuung vorgestellt werden. Dabei soll insbesondere die Eignung der Kindertagespflege für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren hervorgehoben werden. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehenden Budgets. Unterstützt werden die verschiedenen Maßnahmen durch eine überarbeitete Internetseite der Freien und Hansestadt Hamburg zur Kindertagespflege.<sup>12</sup>

#### **4.6 Lebensmittelhygiene in der Kindertagespflege (Punkt II des Ersuchens)**

Tagespflegepersonen bereiten in der Regel die Speisen für die betreuten Kinder selbst zu. Es ist notwendig, dass hinsichtlich der Verpflegung der Kinder ein nicht gesundheitsgefährdender Umgang mit Lebensmitteln stattfindet. Gemäß dem Schreiben des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) vom 30.3.2009 sind alle Tagespflegepersonen als Lebensmittelunternehmer anzusehen und unterliegen der Registrierungspflicht<sup>13</sup>. Im Rahmen des Projektes „Kindertagespflege im Zusammenschluss“<sup>14</sup> wurde daher in Zusammenarbeit mit den Fachämtern für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt Altona und Hamburg-Nord ein Leitfaden zur Lebens-

---

<sup>12</sup> [www.hamburg.de/kindertagespflege](http://www.hamburg.de/kindertagespflege)

<sup>13</sup> Vgl. EU-Verordnung (EG) Nr. 178/2002 in Verbindung mit der EU-Verordnung (EG) Nr. 852/2004 zur Lebensmittelhygiene

<sup>14</sup> Projekt der Freien und Hansestadt Hamburg in Kooperation mit dem Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit, Nürnberg (ISKA), welches von 2009 bis 2011 – gefördert durch Mittel des Europäischen Sozialfonds sowie durch Bundes- und Landesmittel – die Schaffung von speziellen Informations-, Beratungs- und Qualifizierungsangeboten für die Großtagespflege zum Ziel hatte, siehe [www.hamburg.de/handbuch-grosstagespflege](http://www.hamburg.de/handbuch-grosstagespflege).

mittelhygiene in der Kindertagespflege erarbeitet. Die Anforderungen an den sicheren Umgang mit Lebensmitteln sind dabei auf die Belange der Kindertagespflege angepasst worden. Der Leitfaden wurde im Dezember 2011 zur Information und Hilfestellung an alle aktiven Tagespflegepersonen versandt.

Parallel sorgte eine am 16. Dezember 2011 veröffentlichte Pressemitteilung der EU-Kommission bundesweit für Verunsicherung, da der Eindruck erweckt wurde, dass die EU-Kommission zu einer geänderten Rechtsauffassung bezüglich der Einstufung von Tagespflegepersonen als Lebensmittelunternehmer gelangt sei. So heißt es in der Pressemitteilung: „Tagesmütter fallen nicht unter die Definition von "Lebensmittelunternehmen". Sich bei den Hygienekontrollen bei Tagesmüttern auf EU-Verordnungen zu beziehen, ist nach Auffassung der Kommission daher eine zu enge Auslegung des EU-Rechts.“ Auf Nachfrage des für Kindertagespflege fachlich zuständigen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bekräftigte das in der Bundesrepublik für die Lebensmittelhygiene zuständige BMELV mit Schreiben vom 19. Dezember 2011 jedoch, dass es an der bisherigen Rechtsauffassung festhalte, nach der Tagespflegepersonen als Lebensmittelunternehmer anzusehen seien. Maßnahmen, die Tagesmüttern und -vätern die Einhaltung der hygienischen Vorgaben erleichtern, wie z.B. ein Leitfaden für die Lebensmittelhygiene in der Kindertagespflege, würden seitens des BMELV ausdrücklich begrüßt.

Mit Schreiben vom 19.1.2012 hatte der Senat (BASFI und Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz, BGV) das BMELV sowie das BMFSFJ in einem gemeinsamen Schreiben aufgefordert, kurzfristig auf eine gemeinsame Einschätzung der Rechtslage durch die EU-Kommission und das BMELV hinzuwirken, die den Bundesländern und Kommunen eine klare Orientierung in der Beratung und Beaufsichtigung der Kindertagespflege bietet. Insbesondere wurde eine klare und einheitliche Positionierung der beiden Administrationen gefordert, um die Länder bei der moderaten und unbürokratischen Umsetzung der erforderlichen Hygienestandards zu unterstützen.

Im Antwortschreiben vom 9.2.2012 hat das BMELV seine Rechtsauffassung bekräftigt, nach der alle Tagespflegepersonen, die in privaten oder externen Räumen arbeiteten, die einzeln oder in Großtagespflege tätig seien, als Lebensmittelunternehmer anzusehen seien. Aus dieser Rechtsauffassung ergebe sich das Erfordernis, alle Tagespflegepersonen der Lebensmittelkontrolle zu unterstellen. Allerdings werden Spielräume zur Differenzierung nach Betreuungsort und -form gesehen.

Im ersten Quartal 2012 wurde der Hamburger Leitfaden zur Lebensmittelhygiene in der Kindertagespflege unter Mitwirkung des Vereins Hamburger Tagesmütter und -väter e.V., des bezirklichen Verbraucherschutzes sowie der Fachamtsleitung für Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt des federführenden Bezirks Altona und der BASFI überar-

beitet und mit der BGV abgestimmt. Ziel war es, den Leitfaden hinsichtlich möglicherweise enthaltener bürokratischer Barrieren zu überprüfen und vorhandene Ermessensspielräume auf Landesebene zu nutzen. Der Leitfaden wurde sprachlich überarbeitet, an mehreren Punkten mit Beispielen und Musterlisten versehen sowie an wenigen Stellen inhaltlich angepasst. Er gilt für alle Tagespflegepersonen; sowohl für die klassische Tagespflegeperson, die im eigenen privaten Haushalt tätig ist, als auch für die Tagespflegeperson, die in einer Großtagespflegestelle arbeitet.

Die inhaltlichen Änderungen im neuen Leitfaden beziehen sich z.B. auf die laut BMELV ausdrücklich mögliche Differenzierung zwischen Betreuungsform und -ort. In Hamburg liegt der Fokus der Kontrollen demzufolge explizit auf den Großtagespflegestellen. Einzeln arbeitende Tagespflegepersonen, die vorwiegend in privaten Räumen tätig sind, werden lediglich anlassbezogen (z.B. bei Krankheitsfällen oder Beschwerden) von den Lebensmittelkontrolleuren aufgesucht. Ferner wird den Großtagespflegestellen zugesichert, dass die Erst-Besuche der Lebensmittelkontrolleure angemeldet stattfinden. Erst die Folgebesuche werden unangemeldet durchgeführt.

Aus Sicht des Senats ist es gelungen, den Leitfaden unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessenlagen so zu überarbeiten, dass er von allen Beteiligten akzeptiert wird. Dies wird durch entsprechende Rückmeldungen aus den eigens dafür konzipierten und zielgruppengerecht ausgerichteten Schulungen zur Lebensmittelhygiene in der Kindertagespflege bestätigt. Wesentlich war in diesem Zusammenhang, dass der Hamburger Tagesmütter und -väter e.V. in die Überarbeitung des Leitfadens einbezogen wurde.

#### **4.7 Zusammenarbeit mit Interessenvertretungen der Tagespflegepersonen (Punkt II.3 des Ersuchens)**

Regelmäßig, d.h. ca. vier- bis sechsmal jährlich tagt seit mehreren Jahren der hamburgweite *Runde Tisch Kindertagespflege* unter Beteiligung der zuständigen Fachbehörde, den bezirklichen Tagespflegebörsen/Abteilungsleitungen Kindertagesbetreuung, den Interessenvertretungen der Hamburger Tagespflegepersonen (Hamburger Tagesmütter und -väter e.V., Verein zur Förderung der qualifizierten Betreuung von Kindern und Jugendlichen FBKJ e.V., Regionalgruppe Hamburg der Berufsvereinigung Kindertagespflegepersonen e.V.) sowie einzelnen Tagespflegepersonen. In den Sitzungen werden aktuelle Entwicklungen im Bereich der Kindertagespflege, einzelne inhaltliche Fragestellungen, Fragen der Zusammenarbeit und Kommunikation sowie umfassendere gemeinsame Strategien (z.B. zur Imageverbesserung der Kindertagespflege) diskutiert.

Darüber hinaus erfolgt ein regelmäßiger allgemeiner Austausch der zuständigen Fachbehörde mit den einzelnen Interessenvertretungen. Bereits in der Vergangenheit wurde der Verein Hamburger Tagesmütter und -väter e.V. regelhaft in die Diskussion der Weiterentwicklung der Kindertagespflege einbezogen. Die letzte Änderung der einschlägi-



gen Kindertagespflegeverordnung wurde beispielsweise detailliert in Gesprächskreisen mit den Interessenvertretungen der Tagespflegepersonen durchgeführt. Die Überarbeitung des Leitfadens zur Lebensmittelhygiene fand in enger Zusammenarbeit mit dem Verein statt.

## **5. Finanzielle Folgen**

Die Umsetzung der dargestellten Maßnahmen erfolgt grundsätzlich im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

## **6. Familien- und gleichstellungspolitische Auswirkungen**

Die dargestellten Maßnahmen und Veränderungen in der Kindertagespflege tragen dazu bei, die Kindertagespflege als familiennahe und individuelle Betreuungsform insbesondere für Kinder unter drei Jahren bekannter zu machen und weiter zu professionalisieren. Damit erhalten die Familien eine bessere Kenntnis über das Betreuungsangebot Kindertagespflege. Aus Sicht der Familien erhöht sich damit die Angebotsvielfalt in der Kindertagesbetreuung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere werden die Chancen der Frauen auf eine gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben verbessert. Die Anstrengungen zur Professionalisierung der Kindertagesbetreuung tragen dazu bei, den Familien ein qualitativ hochwertiges Angebot vorzuhalten. Bessere Vertretungslösungen sorgen für eine verlässliche Betreuung durch die Tagesmütter und -väter und unterstützen die Familien somit dabei, die eigene Berufstätigkeit mit den familiären Bedarfen in Einklang zu bringen.

## **7. Petitum**

Der Landesjugendhilfeausschuss wird um Kenntnisnahme gebeten.






**Gesamtkonzept** zur Versorgung von jungen Volljährigen mit Wohnraum im Anschluss von Hilfen für junge Volljährige


1. Fassung

 **Hamburg** | Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

 **Hamburg** | Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

- junge Volljährige bleiben ohne Hilfebedarf länger als notwendig in Hilfen für junge Volljährige, da geeigneter Wohnraum fehlt;
- mit einem erheblichen finanziellem Jahresaufwand;
- Die Mehrzahl der jungen Volljährigen ist in der Lage, ohne Unterstützung im eigenen Wohnraum zu leben;
- so belegte Plätze fehlen für Neuaufnahmen in Hilfen zur Erziehung;
- Das Ergebnis eines mitunter jahrelangen hohen ideellen und finanziellen Einsatzes von Hilfen zur Erziehung / Hilfen für junge Volljährige darf nicht mit einer Entlassung in prekäre Wohnsituationen oder in die Obdachlosigkeit beendet werden und damit seine Integrationsauftrag verfehlen!

2 05 April 2013 [www.Hamburg.de/BASF1](http://www.Hamburg.de/BASF1)




Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

## Hier - wohnt Hamburgs Jugend

Konzeptansatz nach dem Housing first Ansatz

|   |   |
|---|---|
| <p><b>Bau von Kleinsthäusern und Appartements</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Wohnfläche kleiner 30 qm,</li> <li>• Vollständig ausgestattete 1-Personen-Wohnungen,</li> <li>• Mietpreis innerhalb der Höchstwerte zu den Kosten der Unterbringung (327,00€ ohne Nebenkosten)</li> <li>• Energieeffizient, damit kostengünstige Nebenkosten</li> <li>• Hohe Haltbarkeit (30 jährige Nutzungszeit)</li> <li>• Geringe Aufwendungen für Instandhaltung</li> </ul> | <p><b>Individuelles Unterstützungsangebot für Mieter nach diesem Konzept</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Freiwillig aber auch aufsuchend</li> <li>• Durch multiprofessionelles Team aus Experten (Sucht, Schulden, Arbeit, Freizeit)</li> <li>• Fachlich und organisatorisch getrennt von der Wohnungsbaugesellschaft</li> <li>• Mit dem Ansatz des Case- Managements (Hilfeplan)</li> <li>• Geplant 3 jährige Evaluation der Wirksamkeit</li> <li>• Finanzierung             <ul style="list-style-type: none"> <li>• über Jahresbudget aus Mitteln Hilfen zur Erziehung</li> </ul> </li> </ul> |
|---|---|

3
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI



Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

- Ansatz der US-amerikanischen Sozialpolitik beim Umgang mit Obdachlosigkeit
- Alternative zum herkömmlichen System von Notunterkünften und vorübergehender Unterbringung.
- direkt in eine „eigene“ Wohnung ziehen - dauerhaft wohnen,
- Eigener Wohnraum Ausgangs- statt Endpunkt
- Kein Wohnungsverlust (Klinik, Therapie und Gefängnis)
- multiprofessionelles Team bietet Krisenintervention und Case – Management

4
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI

|            | 100 % | Aufwendungen | Annahme 80 % |
|------------|-------|--------------|--------------|
| Bezirke    | 342   | 5.400.000    | 274          |
| Mitte      | 61    | 935.747      | 49           |
| Altona     | 59    | 846.118      | 47           |
| Eimsbüttel | 46    | 783.342      | 37           |
| Nord       | 39    | 652.455      | 31           |
| Wandsbek   | 74    | 1.276.555    | 59           |
| Bergedorf  | 31    | 452.433      | 25           |
| Harburg    | 32    | 453.246      | 26           |

- nur junge Volljährige in Hilfen für junge Volljährige
- Rechtsgrundlagen: § 30, § 34, § 35 SGB VIII
- ohne auswärtige Unterbringung
- am Stichtag 31.12.2012


5 05 April 2013 www.Hamburg.de/BA-SFI

| Alle Bezirke | 541 | 603 | 655 | 711 |
|--------------|-----|-----|-----|-----|
| auswärtig    | 278 | 291 | 279 | 237 |

18 – jährige in stationären Hilfen nach §§ 30, 34, 35 SGB VIII  
(Ein Fall kann in einem Jahr unterschiedliche Hilfen erhalten haben. Das führt dazu, dass ein Fall mehrfach gezählt werden kann)

Die Fallzahl 2012 betrifft nur Fälle, die bis zum 11.5.2012 im System PROJUGA erfasst wurden


6 05 April 2013 www.Hamburg.de/BA-SFI



Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

1. Wohnraumbedarf zum Jahresende 2012 von 274 Wohnungen
2. Nicht quantifizierbarer jährlicher Neubedarf an Wohnraum aus Hilfen für junge Volljährige
3. Zusätzlicher Wohnraumbedarf außerhalb der Hilfen für junge Volljährige, die *keine* Leistungen nach dem SGB VIII erhalten:
  - Für junge Volljährige, die ihren Wohnraumbedarf bei den Beratungsstellen der offenen Kinder- und Jugendarbeit angezeigt haben und
  - junge Volljährige, die in Unterkünften bei fördern & wohnen untergebracht sind (z.B. im JEP)


7
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI



Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

- Stadtbau Hamburg
- Architektengemeinschaft Seyer und AG horizont
- Eckpunkte
  - Modulare Entwurfskonzepte (Kleinsthäuser – Appartementhaus)
  - flexibel an Grundstücksgröße und Bebaubarkeit anpassbar
  - Erweiterungsmöglichkeiten auf der Fläche und in der Höhe (zusätzliches Geschöß)
  - Standardisierte Grundrisse mit Wohnflächen kleiner 30 qm
  - Energiesparende Bauweise und passgenaue Ausstattung
  - Kurze Bauzeiten
  - Errichtungskosten zwischen 60.000 und 70.000 € je Kleinsthaus / Appartement mit noch Kostensenkungspotential bei Serienfertigung
  - Förderungsmöglichkeiten durch die WK (Ankauf von Belegungsrechten)
  - Kein Bedarf an weiteren Eigenmitteln
  - Einfache Demontagemöglichkeiten des Baukörpers bei Rückgabe der Liegenschaft


8
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI


 Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

**Voraussetzungen:**


- 1) Mittel der Wohnungsbaukreditanstalt (Ankauf von Belegungsbindungen)**
- 2) 327,00 € Kosten der Unterkunft sind auskömmlich**
- 3) kostenlose Überlassung von Liegenschaften**
- 4) Lawaetz-Service GmbH als Bauherr und Vermieter**

9
05. April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI

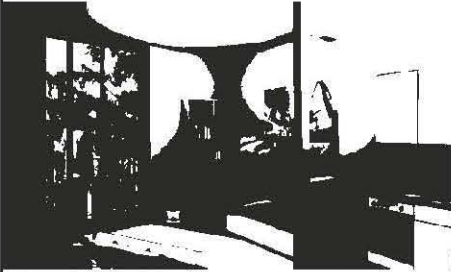
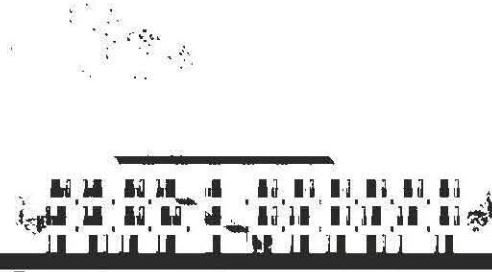

 Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

- kleine Grundstücke zur Bebauung mit wenigen Wohnungen
- Grundstücke, die nicht der Wohnungswirtschaft angeboten werden können, z.B.
  - Flächen, die für „andere“ Zwecke ausgewiesen sind, aber noch nicht benötigt werden (Verkehrsprojekte, an Bahndämmen, Parks und Grünzüge, noch nicht zu vermarktende Gewerbeflächen)
  - Flächenanteile auf Schulliegenschaften, bei öffentlichen Trägern, bei Kirchengemeinden, bei (staatsnahen) Unternehmen
  - Innenhöfe und Randflächen der Wohnungsbaugesellschaften (Verdichtung)
  - bei der Bahn und im Bestand des Bundes
- Zielsetzung Bebauungskonzept
  - Grundstücke bleiben im Eigentum (der FHH)
  - Rückgabe der Grundstücke bei anderweitigen Bedarf möglich
  - Erweiterungs- und / oder Aufstockungsmöglichkeiten für die Bebaubarkeit der Grundstücke sollten möglich sein

10
05. April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI

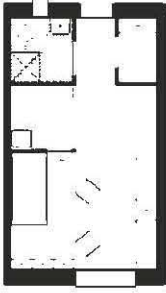


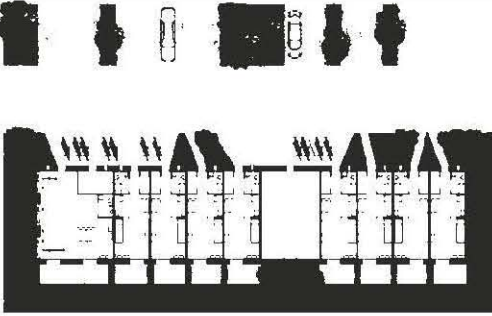
Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

**Grundriss Apartment**

|                      |                  |
|----------------------|------------------|
| Für                  | 220 m²           |
| WC                   | 3,2 m²           |
| Abstellraum          | 2,00 m²          |
| Küche Arbeitsbereich | 8,4 m²           |
| Wohn- Schlafbereich  | 128 m²           |
| <b>Gesamt</b>        | <b>260,60 m²</b> |






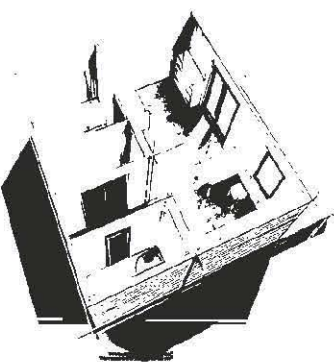

11

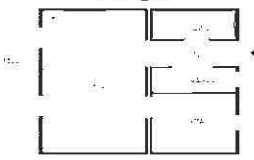
05. April 2013

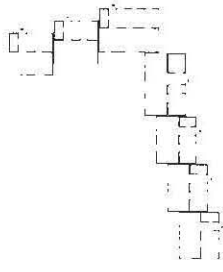
[www.Hamburg.de/BASFI](http://www.Hamburg.de/BASFI)



Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration






12

05. April 2013

[www.Hamburg.de/BASFI](http://www.Hamburg.de/BASFI)






 Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration

Eckpunkte

- Unterstützungsteam bestehend aus:
  - 1,00 Stelle Psychologe,
  - 3,75 Stellen Sozialarbeit,
  - ehrenamtliche Helfer,
  - Ehemals betroffene (peer support)
- für 80 Mieter (Teamerweiterung bei steigender Fallzahl notwendig)
- Hamburg weite Zuständigkeit
- Beratungsbüros für größere Wohneinheiten
- 7 tägige Erreichbarkeit
- EDV-gestützte Dokumentation der Unterstützungsprozesse
- Finanzbedarf 400.000 € per anno

13
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI


 Behörde für Arbeit,  
Soziales, Familie  
und Integration



```

graph TD
    A["Vorstellung „Hier – wohnt Hamburgs Jugend“  
• in den Bezirken  
• bei Trägern  
• bei Wohnungsbaugesellschaften"] --> B["Kampagne Grundstücksakquise"]
    B --> C["Vorbereitung für ESF-Förderung 2014 für  
das Unterstützungskonzept"]
  
```

14
05 April 2013
www.Hamburg.de/BA-SFI

**Beschlüsse der LAG Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit vom 15.04.2013:**

**Beschluss zum Tagesordnungspunkt „Hier-wohnt Hamburgs Jugend“**

1. Die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit begrüßt das Gesamtkonzept zur Versorgung von jungen Volljährigen mit Wohnraum im Anschluss von Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige.
2. Sie bitte den Landesjugendhilfeausschuss und die Jugendhilfeausschüsse der Bezirke bei der Grundstücksakquise unterstützend tätig zu werden.
3. Die Landesarbeitsgemeinschaft empfiehlt mittelfristig die Erweiterung der Zielgruppen über die HzE- Empfänger hinaus. Unversorgte junge Erwachsene, die keine Leistungen nach dem SGB VIII erhalten und zum Teil in den Unterkünften bei fordern & wohnen untergebracht sind benötigen differenzierte Wohnhilfen. Die Schnittstellen zu den Ämtern für Soziales und Integration und Gesundheit sind zu bearbeiten. Die LAG möchte darüber informiert werden.
4. Die Landesarbeitsgemeinschaft empfiehlt die Realisierung eines vorzeigbaren Pilotprojektes.

**Beschluss zum Tagesordnungspunkt Leitfragen zum Kinderschutz**

1. Paragraph 79a SGB VIII fordert die Dienste und Einrichtungen auf, ihre Kinderschutzkonzepte weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen.
2. Die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit betont die gemeinsame Verantwortung von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe bei der Erarbeitung der Kinderschutzkonzepte. Dies gilt insbesondere für die kleinen Einrichtungen der offenen Kinder und Jugendarbeit, die hier einen besonderen Unterstützungsbedarf haben.
3. Sie bittet den öffentlichen Träger der Jugendhilfe zusätzliche Informations- und Austauschveranstaltungen zu organisieren.